

Insel

Dolf
Sternberger
Grund und
Abgrund
der Macht



Dolf Sternberger
Schriften VII

Dolf Sternberger
Grund und Abgrund
der Macht

Über Legitimität von Regierungen

Neue Ausgabe
in fünfzehn Kapiteln

Insel Verlag

Grund und Abgrund der Macht erschien erstmals 1962
im Insel Verlag, Frankfurt am Main
Neue, veränderte und vermehrte Ausgabe

Erste Auflage dieser Ausgabe 2023
© 1986, Insel Verlag Anton Kippenberg GmbH & Co. KG, Berlin
Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch
eine Nutzung des Werks für Text und Data Mining
im Sinne von § 44b UrhG vor.
Umschlaggestaltung nach Entwürfen
von heißmann, heilmann, hamburg
Druck: Books on Demand GmbH, Norderstedt
Printed in Germany
ISBN 978-3-458-24351-9

www.insel-verlag.de

Inhalt

Vorwort zur neuen Ausgabe	9
Vorwort zur ersten Ausgabe	16
1. Kapitel: Arten der Rechtmäßigkeit	20
2. Kapitel: Das Postulat der freien Wahl	39
3. Kapitel: Aufgabe einer Provisorischen Regierung	63
4. Kapitel: Die vergebliche Gier nach Zustimmung	91
5. Kapitel: Grund und Abgrund der Macht	116
6. Kapitel: Weissagung und Inspiration	130
7. Kapitel: Exegese als Herrschaftsaufgabe	162
8. Kapitel: Erwartung und Vollstreckung	189
9. Kapitel: Heilsverzögerung	206
10. Kapitel: Der Zweifel an der Zuständigkeit der Wähler	227
11. Kapitel: Exkurs über Hitler	240
12. Kapitel: Das Argument vom Unrecht der Parteiregierung	268
13. Kapitel: Das Unbehagen in der Menge	297
14. Kapitel: Demokratie und Oligarchie. – Das deutsche Exempel	330
15. Kapitel: Das Richtige, das Falsche und das Gute	361

Glossen

Zum Vorwort der neuen Ausgabe:	
Bibliographische Bemerkungen	387
Zu 1. Ferrero	392
Divina auctoritas et humana ordinatio	393
Zu 2. Die Entstehung der »Erklärung über das befreite Europa«	395

	»Wie viele Divisionen hat der Papst?«	402
	Churchills Verbundenheit mit der Sache	
	Polens	403
Zu 3.	Die Verhandlungen über die Provisorische Regierung Polens und über den Balkan	404
	Die polnischen Grenzen und die polnische Regierung	416
	Auch Stalin würde eine frei gewählte Regierung Polens vorziehen	416
	Westliche Motive bei den Verhandlungen über Deutschland	419
Zu 4.	Definitionen der totalitären Herrschaft	423
	Die Abstimmung in den römischen Comitien	427
Zu 5.	Die Komintern-Tagung vom Mai 1927	429
Zu 6.	Das Gesetz der Geschichte	433
	Ein Unterschied zwischen Hegel und Marx	435
	»Diktatur des Proletariats«	437
	Stalin und Lenin im April 1917	439
	Lenins Lehre von den historischen Etappen des Kapitalismus und ihre Fortsetzungen	440
	»Caesaro-Papismus«	444
	Die Inspiriertheit der Parteiführung	445
	Vergleichbarkeit von Puritanismus und Bolschewismus	445
Zu 7.	Das Wort »Weltrevolution«	447
	Das »Gesetz von der ungleichmäßigen Entwicklung der kapitalistischen Länder«	453
	Die Unfehlbarkeit der Partei ist nicht dogmatisiert	457
Zu 10.	Die Lehre von der Volkssouveränität und die bürgerliche Legitimität	458
Zu 11.	Was Hitler mit der Reichstagswahl vom 5. März 1933 erstrebte	461
	Die Märzwahl im Urteil der Historiker	468
	Kam Hitler über die Hintertreppe?	470

Zu 12.	Jonathan Swifts Ansicht über Parteien	471
	Eine klassische Definition des Abgeordneten	473
Zu 13.	Die Bürger des Aristoteles	474
	Die hellenische und die englische Stadt	479
	John Locke und die Glorreiche Revolution . .	480
	Das Verhältniß von König und Parlament nach der englischen Rechtslehre	482
	Edmund Burke über das englische Parlament . .	485
	Das Neue an der Verkündung der Menschenrechte	489
Zu 14.	Definition der politischen Partei	496
	Gaetano Mosca, die Politische Klasse und die Gemischte Verfassung	497
Zu 15.	Legitimitätsbeweise des Marsilius von Padua und des Dante Alighieri	498
	Die Geschichte ist uns kein Gegenstand des Glaubens	500
	Die Stimmen der Jungfrau von Orléans . . .	501

Vorwort zur neuen Ausgabe

Seit der ersten Ausgabe dieses Buches sind nahezu fünf- undzwanzig Jahre vergangen. In dieser Zeit hat sich die Welt bewegt, und diese Bewegungen haben die Geographie der politischen Systeme auf der Erde einigermaßen verändert, mit ihr die Verteilung der beiden Legitimitäten, die hier erörtert werden, der bürgerlichen und der apokalyptischen. Diese Legitimitätsprinzipien selbst, die beiderseitigen Gründe der Macht, sind unverändert geblieben.

Der zehnjährige Krieg der beiden Vietnams, ein fortgesetzter Bürgerkrieg mit einerseits sichtbarer, andererseits verdeckter, insgesamt gedrosselter Beteiligung der beiden Supermächte, hat mit dem Sieg des kommunistischen Nordens und mit dem endgültigen Abzug der Vereinigten Staaten aus diesem Teil Asiens geendigt. Noch heute fischt man im Chinesischen Meer Flüchtlinge auf, die sich vor der ausgreifenden Gewaltherrschaft in Booten zu retten suchen. Seither konkurrieren im ehemaligen Indochina die beiden kommunistischen Großmächte, China und die Sowjetunion, teils direkt, teils indirekt, untereinander und mit dem erstarkten Vietnam, der drittgrößten kommunistischen Macht in Asien, um die Vorherrschaft. Dessenungeachtet hat sich ihre Konfrontation bei fortdauernder militärischer Bereitschaft doch so weit herabgemildert, daß sich Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zwischen China und der Sowjetunion angespannen haben. Zunehmend ist die Volksrepublik China, zuerst dank amerikanischer Initiative, in die internationale Kommunikation hereingewachsen, zumal seitdem die Erschütterungen der von Mao begünstigten Kulturrevolution abgeklungen sind und seitdem ein neuer, praktisch gesinnter Parteikaiser mit Konsequenz die ökonomische Modernisierung des riesigen Reiches betreibt.

Die Lehrstreitigkeiten zwischen Peking und Moskau scheinen im selben Zuge an Heftigkeit, vielleicht an Bedeutung verloren zu haben. Die Nachbarschaft der so erfolgreichen Industrie- und Handelsgroßmacht Japan mag der chinesischen Führung ein Ansporn, auch eine Hilfe bei der wirtschaftlichen Modernisierung sein.

Indessen läßt sich aus solchen partiellen Beruhigungen, aus dem Erschlaffen ideologischen Kampfesfeifers nicht etwa eine Signatur der Epoche herleiten. In der gleichen Zeitspanne hat sich in Iran, auch in Teilen der arabischen Welt, eine Umwälzung von altertümlich theokratischer Art begeben, ist der Islam von neuem militant geworden. So tritt den neuzeitlichen ideologischen Konfessionen des marxistischen Sozialismus eine sektenhaft fanatische religiöse Ideologie an die Seite, welche freilich, anders als jene, nur über einen begrenzten Spielraum missionarischer Wirksamkeit verfügt. Wenn eine alte Religion sich derart wiederzubeleben vermag, so muß man in der Zukunft auch mit der Möglichkeit rechnen, daß eine jüngere Religion wie der Bolschewismus unversehens von neuem virulent werden kann. In kleinem Maßstab hat dies schon die neomarxistische Tendenz innerhalb der Studentenrevolte von 1968 erwiesen, wenigstens in Europa.

Der imperialistische Bekehrungskrieg der Roten Armee in Afghanistan, der in diesem Augenblick noch andauert, wird zwar mit Hilfe einer Filialpartei und einheimischer Truppen geführt, kann aber das Volk nur unterdrücken, nicht gewinnen.

Im osteuropäischen Teil des Sowjet-Imperiums andererseits haben sich in unserer Epoche Befreiungsversuche geltend gemacht, welchen die westliche Welt mit gespannter Teilnahme, doch ohnmächtig zugesehen hat. Der ›Prager Frühling‹ war nur von kurzer Dauer, die Reform, die in einen wirtschaftlichen und politischen Pluralismus zu münden schien, ist durch militärische Intervention erstickt

worden, die übrigen Mitgliedsländer des Warschauer Pakts mußten die Aktion mitverantworten, nur Rumänien verweigerte die Teilnahme. Polen ist, in unterschiedlicher Weise, zweimal aufgestanden; die ›Solidaritäts‹-Bewegung wurde nach erstaunlichen Erfolgen schließlich mit innerpolitischen Zwangsmitteln erdrückt. Es blieb die ererbte Religion, die katholische Kirche als eine Art nationaler Schutzmacht des stillen Widerstands gegen die Parteiherrschaft.

Die Gesellschaft der westeuropäischen Verfassungsstaaten hat sich durch die Rückkehr Griechenlands, Spaniens und Portugals in ihren Kreis vervollständigt, diesseits der Elblinie gibt es keine wie immer geartete Diktatur mehr. Doch hat sich in mehreren dieser Länder, namentlich in der Bundesrepublik Deutschland, während dieser Epoche fast andauernd, wenn auch unter unterschiedlichen Parolen, eine antipolitische, eigentlich anarchische Klasse gebildet, die zuzeiten die Stabilität des Verfassungsstaates zu gefährden drohte und noch droht. Eine ernste Erschütterung bewirkte der ideologische Terrorismus in Italien und Deutschland, der mit seinen verschwörerischen Attentaten gleichsam explosiv eine bessere Welt freizusetzen wähnte. Allen Versuchen, die Politik zu ›ideologisieren‹, wohnt ein Bestreben inne, durch eine religionsartige Bewegung, und sei es im Zeichen radikaler Demokratie, den wesenhaften Pluralismus des Verfassungsstaates zu beseitigen. Diese Drohung begleitet unser Verfassungsleben, von dessen Liberalität sie zugleich gehegt wird.

Zu den konstitutionellen Krisen, die in der fraglichen Zeitspanne akut geworden sind – und die eine weltweite Aufmerksamkeit gefunden haben –, muß auch der einzigartige Fall der Südafrikanischen Republik gezählt werden. Hier ist die Frage, ob sich die weiße Kolonialherrschaft, die – zum Unterschied von dem französisch-algerischen Muster – von keinem Mutterland abgelöst und aufgefangen

werden kann, in einen gemischtrassigen, vielleicht föderativen Verfassungsstaat werde überführen lassen. Gewiß ist dies die einzig zu wünschende, ja die notwendig zu erstrebende politische Lebensform. Ob das gelingen kann, ist in diesem Augenblick noch nicht abzusehen.

Endlich hat sich in denselben fünfundzwanzig Jahren das Verhältnis der beiden Haupt-Atommächte beträchtlich verändert. Gerade zu Ende des Jahres 1962 wurde die sowjetrussische Raketen-Expedition nach Kuba durch die Entscheidungskraft des Präsidenten Kennedy wie auch des Parteisekretärs Chruschtschow, hart am Rande des Krieges, zur Umkehr veranlaßt. Seitdem befinden sich die beiden Supermächte in verstärkter Konkurrenz der Rüstungen, aber zugleich in ständiger, wenn auch nicht gleichmäßig intensiver Verbindung und Verhandlung. Hinsichtlich der Atomwaffen sind eine Reihe von Verträgen geschlossen worden. Die Welt lebt zwar nicht in sicherem Frieden, aber in einem Zustand des Unkriegs. Im Augenblick dieser Niederschrift hat sie vielleicht Anlaß, auf eine günstige Wendung in den amerikanisch-sowjetrussischen Rüstungskontrollgesprächen zu hoffen. Diese beiden Partner leiten ihre jeweilige Regierungsmacht aus Gründen her, die einander wechselweise absolut fremd sind – das ist das Hauptthema dieses Buches –, dennoch vermögen sie, wie sich zeigt, miteinander diplomatisch zu kommunizieren. Zur gleichen Zeit verlangt eine im Westen verbreitete öffentliche Meinung von den Gewaltherrschaften, die Menschenrechte zu achten. Die moralische Intervention greift auch in die bolschewistischen Systeme ein und macht ihre Zwangsmittel bekannt, exilierte Schriftsteller tragen zu solchem Einblick bei. Solschenizyn hat ein unvergeßliches Kennwort geprägt. Zweimal hat das Nobelkomitee Männern den Friedenspreis zuerkannt, die in ihrer Heimat geistig erstickt werden sollten, Sacharow und Walesa. Ihren Ausgang nimmt meine Untersuchung von einem

Dokument, worin sich Exponenten der beiden einander so fremden Sphären schon einmal auf eine gemeinsame Formel geeinigt haben. Es war die Formel von den freien Wahlen, die in den von der deutschen Herrschaft befreiten Ländern Europas veranstaltet werden sollten. Wir möchten hoffen, daß Reagan und Gorbatschow eine genauere Eindeutigkeit der Verständigung erreichen, als es Roosevelt, Churchill und Stalin damals vermocht haben. Den beiden Mächten ist heute bei aller Divergenz der Machtinteressen und bei aller Beziehungslosigkeit der beiderseitigen Machtgründe ein vitales Interesse gemeinsam: das Interesse, zu überleben. Vielleicht erwächst eine Chance, die absolute Differenz der Legitimitäten durch ein Motiv gemeinsamer Humanität zu überwinden.

Inmitten der weltpolitischen, regionalen und verfassungspolitischen Veränderungen, die ich in Erinnerung gerufen habe, sind – ich wiederhole es – die beiden Legitimitätsarten selber unverändert geblieben. Darum behält dieses Buch zu Recht seine ursprüngliche Anlage. Auch der Haupttitel ist der alte, nur der Untertitel ist leicht abgewandelt, denn man soll nicht eine umfassende, sondern eine exemplarische Erörterung erwarten. Selbstverständlich habe ich den gesamten Text der Kapitel wie der Glossen sorgfältig durchgesehen und vielfach in sachlich-historischer Hinsicht ergänzt, auch im Ausdruck vereinfacht und in der Darstellung gestrafft. Die neue Ausgabe ist um drei Kapitel vermehrt. Das achte und das neunte betreffen gewisse Aspekte des bolschewistischen Regierungshandelns und führen zugleich die Analyse bis zur Gegenwart. Die Einfügung des vierzehnten Kapitels hat ihren Grund weniger in der Entwicklung der politischen Geschichte als in derjenigen der Verfassungsbegriffe des Autors. Ich empfand lebhaft die Notwendigkeit, aus der verfeinerten Einsicht in die demokratisch-oligarchische Doppelnatur

des modernen Verfassungsstaats die Konsequenzen für die Frage der Legitimität zu ziehen, auch für die Diagnose von Legitimitätsschäden. Das Exempel der Bundesrepublik Deutschland habe ich gewählt, weil es auch in diesen Dingen geboten ist, vor der eigenen Tür zu kehren. Zudem kenne ich mich in Deutschland besser aus als in Nicaragua oder selbst in den Vereinigten Staaten von Amerika. Auch das letzte Kapitel ist wesentlich verändert. Darin hat freilich die Würdigung der berühmten Geheimrede Chruschtschows vom zwanzigsten Parteikongreß der KPdSU ihre vorige Stellung behalten; sie bleibt historisch so bedeutsam, daß ich keinen Anlaß hatte, etwa neuere Vorgänge an die Stelle zu setzen, nur um der Aktualität näher zu rücken.

Weder damals noch heute habe ich mit diesem Buch einen fachwissenschaftlichen Zweck verfolgt. Es ist offenkundig, daß geschichtliche und politologische Studien und daß gewisse verfassungstheoretische Erkenntnisse darin eingegangen sind, doch sind spezielle Arbeiten anderer Forscher kaum erörtert. Die Hauptfrage, die nach dem Grund von Regierungsmacht, läßt sich keiner dieser einzelnen Disziplinen zuordnen, sie mag am ehesten als eine philosophische Frage gelten. Ich hoffe auf Leser, die von dem Interesse bewegt sind, sich in unserer zeitgenössischen Staatenwelt geistig zu orientieren und frei ihren eigenen Standpunkt zu bestimmen.

Es bleibt mir die schöne Pflicht, Anregern, Helfern und Gesprächspartnern Dank zu sagen. Zuerst muß ich den Verleger nennen, Dr. Siegfried Unseld, denn er hat seit Jahren darauf gedrungen, daß ich diese Sache wieder vornähme. Ich wiederhole die Namen derjenigen, die seinerzeit bei der ersten Auflage behilflich gewesen sind: Dr. Bernhard Vogel, damals in Heidelberg, und Fritz Arnold, seinerzeit Lektor im Insel Verlag. Im selben Sinne

habe ich jetzt Frau Dr. Elsbet Orth (vom Historischen Seminar der Frankfurter Universität) für ihre genaue Lektüre und ihre Ratschläge sowie Frau Dr. Claudia Schmolders zu danken, die als Lektorin im Insel Verlag an der neuen Ausgabe mitgewirkt hat. Die Glosse über »die Bürger des Aristoteles« hatte ich seinerzeit Herrn Professor Dirlmeier vorgelegt, meinem gräzistischen Kollegen in der alten Philosophischen Fakultät zu Heidelberg; er ist inzwischen gestorben. Bei dem weltpolitischen Rückblick im neuen Vorwort sind mir die Hinweise von Professor Günther Gillesen in Mainz hilfreich gewesen. Mehrmals hatte ich in verschiedenen Stadien der Erwägung einer Neufassung Unterhaltungen mit gelehrten Freunden, zumal bin ich Professor Erwin Faul in Trier für seinen teilnehmenden und ernsten Rat dankbar verbunden.

Im Juni 1986

Vorwort zur ersten Ausgabe

Ist die Macht böse? Die Frage ist darum so schwer zu beantworten, weil wir der schieren Macht nur im äußersten Grenzfall ansichtig werden.

Eine konventionelle diplomatische Redeweise bezeichnet die handelnden Kräfte der Staatenwelt als Mächte. Am Ende des Zweiten Weltkrieges blieben die ›Großen Drei‹ auf der Bühne, und für einen Augenblick schien es, als ob diese Weltmächte auch die Weltregierung übernähmen. Seither ist in die überlieferte Skala der weltpolitischen Machtpotenzen ein neues Kriterium eingeführt worden, nämlich die Fähigkeit zur Herstellung von Atomwaffen, und zu der Klasse der Großmächte ist diejenige der Atommächte oder der Super-Mächte hinzugetreten. Doch bleibt auch diese Neuerung in der alten Bahn einer gleichsam quantitativen Vergleichung und Anordnung. So deutlich derart die Grade der Macht ins Auge fallen, so wenig erfahren wir daraus über die Arten der Macht. Alle Mächte erscheinen gleichartig in ihrem Wesen. Untereinander aber verstehen sich die wirklichen Mächte durchaus nicht als gleichartig. Nicht alle erkennen einander überhaupt als Mächte an.

Macht und Macht ist nicht ein und dasselbe. Der große Streit, der die gegenwärtige politische Welt zerreißt, ist nicht ein Streit bloß von Mächten, Mächtegruppen oder Machtblöcken. Er versteht sich zum Beispiel aus Prinzipien der Wirtschaftsweise, die einander ausschließen, und es ist ein Wettkampf um die Höhe des Lebensstandards und der Zuwachsrate der Produktivität entstanden. Er versteht sich auch aus gegensätzlichen Prinzipien der Gesellschaftsordnung, die persönliche Freiheit tritt der universalen Abhängigkeit, und von der anderen, der östli-

chen Seite tritt die behauptete Gleichheit der Klassengesellschaft entgegen. Der ökonomischen und der gesellschaftlichen folgt die politische Antithese, der Verfassungsstaat hebt sich von der totalen Parteiherrschaft ab. Schließlich kommen religiöse Motive ins Spiel, das Christentum streitet wider den Materialismus. Wir hören freilich auch den Tadel, gerade die westliche Gesellschaft sei dem »Materialismus« des bloßen Wohlstands verfallen, während die östliche von einer missionarischen Idee erfüllt sei. In keiner dieser Hinsichten aber und in keinem einzigen Punkte sind die streitenden Welparteien je übereingekommen, die Definition des Gegensatzes ist selber am allermeisten strittig. Das muß uns aufs höchste verwirren und beunruhigen. Stämme oder Völker, auch Nationalstaaten, die ehemals miteinander stritten, waren doch darin einig, welche Namen sie einander zu geben hatten. Wie aber sollen Systeme miteinander leben können, die selbst über ihre Benennung uneins sind?

So scheinen auch die Prinzipien und Ideologien nicht auszureichen, den gegenwärtigen Konflikt der Mächte verständlich zu machen. Der Gedanke der Macht ist zu stumpf und zu blöde, er bringt es allenfalls zur Berechnung von Quantitäten und Potentialen, kann aber die unterschiedliche Wesensart der Mächte nicht fassen. Blicken wir andererseits auf die streitenden Prinzipien, so erkennen wir zwar Güter und Qualitäten, die für jede der beiden Welparteien auf dem Spiele stehen, wir sind auch in den Stand gesetzt, uns zu entscheiden und auf eine Seite zu treten; aber weder Osten noch Westen vermögen sich jeweils selber in dem Spiegel zu erkennen, den der andere ihm vorhält, oder mit dem Namen zu identifizieren, bei welchem der andere ihn ruft. Sie gelten einander wechselseitig als böse. Sie können einander der Art nach gar nicht dulden. Eher noch können sie einander dem Grade nach dulden. Eher noch könnten Moskau und Washington sich

zum Beispiel über eine Abgrenzung der beiderseitigen Einflußzonen verständigen als über die Art und Weise ihrer Verwaltung. So scheint es denn schlechterdings keinen Standort der Erkenntnis zu geben, der es uns erlaube, die gegensätzlichen Arten der Macht in einer allgemeinverbindlichen Weise zu beschreiben und miteinander zu vergleichen. Mit jedem Griff und Schritt solcher Erkenntnis ergreifen wir unausweichlich Partei und treten wir unvermeidlich auf eine Seite.

Macht ist von Macht gewiß nicht nur dem Grade nach unterschieden. Aber Macht ist von Macht auch nicht nur der Art nach unterschieden. Unterschied und Gegensatz reichen noch in eine andere, eine dritte Dimension. Es ist die Dimension des Grundes, aus dem die Macht sich herleitet. Eine grundlose Macht vermögen wir uns fast nicht vorzustellen. Sie wäre wohl die eigentlich böse Macht. Von den unterschiedlichen Gründen der Macht handelt dieser Versuch, und das heißt von den Quellen der Legitimität. Hier tut sich eine Beziehungslosigkeit zwischen West und Ost auf, die uns erschrecken läßt. Dennoch kann der menschliche Geist nicht umhin, auch das Inkommensurable zusammenzubringen, Ähnlichkeit aufzufinden, Vergleiche anzustellen. Wir sollen an dieser Möglichkeit nicht verzweifeln, solange wir es mit menschlichen Gegenständen zu tun haben.

Ich denke, angedeutet zu haben, wie der Titel dieses Buches zu verstehen ist. Nicht alle Regierungen oder Regierungstypen der gegenwärtigen Welt werden hier untersucht. Es handelt sich zur Hauptsache um die bolschewistische Parteidiktatur auf der einen, die liberalen Verfassungsstaaten auf der anderen Seite. Den Bereich dieser Verfassungsstaaten, den Bereich des ›Westens‹ also, habe ich nicht präzise abgegrenzt: wie weit ihre spezifische Legitimität reicht, ist nicht ein für allemal ausgemacht und bleibt immer von neuem zu prüfen, auch innerhalb jedes einzelnen, auch innerhalb unseres eigenen Staatswesens.

Der Gedanke dieser Untersuchung ist nicht von Anfang an fertig und vollständig, er schreitet vielmehr fort, erweitert und verwandelt sich in diesem Fortgang, und manches löst sich erst gegen das Ende auf. Am Ende stehen freilich auch neue Fragen. Das kann nicht anders sein.